

Termine

10.09.2006
Kommunalwahl in
Niedersachsen

10.09.2006
Landratswahlen
Niedersachsen

09.09.2006 - 14.09.2006
Deutschland-Besuch
Papst Benedikt XVI. in Bayern

12.09.2006
Beginn der 61. Sitzungsperiode
der UN-Vollversammlung

14.09.2006
Treffen des chinesischen
Premierministers Wen Jiabao mit
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
in Berlin

17.09.2006
Wahl des Abgeordnetenhauses
und der Bezirksverordneten-
versammlungen in Berlin

18.09.2006 - 22.09.2006
Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

25.09.2006 - 29.09.2006
Sitzungswoche
Deutscher Bundestag

25.09.2006 - 06.10.2006
Parlamentarische Versammlung
Europarat

03.10.2006
Tag der Deutschen Einheit

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!

Auf die deutsche Außenpolitik kommt in diesen Tagen eine historische Herausforderung zu. Bundesregierung und Bundestag müssen sich mit der Frage beschäftigen, wie ein deutscher Beitrag zur Stabilisierung der Waffenruhe zwischen Israel und der Hisbollah-Miliz im Südlibanon ausgestaltet sein wird. Unerlässlich hierfür ist in erster Linie ein UN-Mandat, das neben Zusammensetzung, Umfang und Ziel der Mission auch ein klares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels formuliert.



Die letzte Entscheidung über eine deutsche Beteiligung trifft der Bundestag. Vor dem Hintergrund unserer Geschichte ist dies eine große Verantwortung für jeden einzelnen Abgeordneten. Klar ist daher, dass wir keinem Beschluss zustimmen können, der die Bundeswehr auch nur theoretisch der Gefahr aussetzt, in Kampfhandlungen mit israelischen Soldaten verwickelt zu werden. Ebenso werden wir sehr genau abwägen müssen, was zusätzlich zu den bereits bestehenden Belastungen durch Auslandseinsätze noch zu leisten ist.

Gleichzeitig eröffnet das Engagement der Vereinten Nationen in der Nahostregion allerdings auch eine historische Chance. Bewährt sich eine UN-Friedenstruppe im Südlibanon als unparteiischer Mittler, so kann das den Weg zur langfristigen Durchsetzung einer dauerhaften Friedensordnung ebnen. Insbesondere die Entwicklung eines souveränen Libanon sowie die Lösung des Palästina-Konflikts werden dabei im Mittelpunkt der Bemühungen stehen.

Abgesehen davon haben uns die vereitelten Anschläge von London und die glücklicherweise nicht explodierten Kofferbomben von Köln einmal mehr vor Augen geführt, dass die Bedrohung durch islamistische Terroristen auch hier in Europa nach wie vor sehr real ist. Zwingend notwendig sind daher weitere Maßnahmen sowohl auf europäischer wie auf Bundesebene. Im Rahmen des jüngsten informellen Treffens der EU-Innenminister in London wurde unter anderem der vermehrte Austausch von detaillierten Geheimdienstkenntnissen beschlossen. Daneben muss die für Deutschland endlich beschlossene Anti-Terror-Datei nunmehr zügig auf den Weg gebracht und allen Sicherheitsbehörden der gleiche Zugang gewährleistet werden. Ferner wird sich der Bundestag entsprechend der Koalitionsvereinbarung mit der Neugestaltung des vom Bundesverfassungsgericht in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig erklärten Luftsicherheitsgesetzes zu beschäftigen haben. In beiden Fragen müssen wir bald zu Lösungen kommen, um Polizei und Nachrichtendienste handlungsfähiger zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Schmitt

Ingo Schmitt, MdB



Berlin-Brandenburg International muss Erfolgsprojekt werden

Zum Beginn der Bauarbeiten für den neuen Airport BBI erklärte der Verkehrsexperte in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Ingo Schmitt**:

„Der erste Spatenstich in Schönefeld läutet für den Luftverkehrsstandort Berlin eine neue Zeitrechnung ein. Jobmaschine, Wirtschaftsmotor und Touristenmagnet – die Erwartungen an den Großflughafen BBI sind hoch. Der SPD/PDS-Senat in Berlin darf dieses Erfolgsprojekt nicht weiter durch seine undurchdachte Politik voller Patzer gefährden.“ Schmitt weiter: „Die Unfähigkeit der Landesregierung, den Wirbel zwischen der Berliner Flughafengesellschaft und Easyjet in den Griff zu bekommen, hat mehr denn je offenbart, dass der jetzige Senat dem Großprojekt nicht gewachsen ist. Spätestens nachdem nun die ersten Bagger fahren, müssen die Detailplanungen endlich mit den

zukünftigen Nutzern abgestimmt werden. Auch hinsichtlich der Vereinbarungen mit dem Billigflieger Easyjet ist der Regierende Bürgermeister, als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafengesellschaft, den Berlinern nach wie vor noch eine Antwort schuldig. Rund 40.000 neue Arbeitsplätze, Drehkreuz für internationalen Passagier- und Frachtverkehr und drittgrößter Airport Deutschlands – der Großflughafen in Schönefeld braucht auf seinem Weg zum Erfolg eine verlässliche und verbraucherorientierte Politik.“ Darüber hinaus erteilte Schmitt auch der „Schließungskampagne“ gegen den Flughafen Tempelhof eine Absage: „Für seine wirtschaftliche Entwicklung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen braucht Berlin einen funktionierenden und auf Dauer gesicherten City-Airport.“

Runder Tisch gegen Schwarzarbeit

Schwarzarbeit verzerrt den Markt zu Lasten ehrlicher Unternehmer und Arbeitnehmer und vernichtet Arbeitsplätze. Alleine in Berlin richtet Schwarzarbeit jährlich einen Schaden von rund 17,9 Mrd. Euro an, ein Volumen das ca. 300.000 versicherungspflichtigen Arbeitsplätzen entspricht.

Um Wege aufzuzeigen, wie Schwarzarbeit wirkungsvoll bekämpft werden kann, lud der Bundestagsabgeordnete **Kai Wegner MdB**



Mit der Chipkarte gegen Schwarzarbeit: der eSVA ermöglicht die Schwarzarbeitskontrolle binnen Sekunden (Bild: © Dirk Reitze)

deshalb die betroffenen Bauverbände, die IHK Berlin, die HWK Berlin, die verantwortlichen Bundesministerien, die Senatsverwaltung für Wirtschaft sowie die im Abgeordnetenhaus vertretenen Fraktionen zu einem Runden Tisch ein. Im Beson-

deren wurde dabei die Einführung eines elektronischen Sozialversicherungsausweises (eSVA) diskutiert. Seine Einführung würde eine erhebliche Effektivitäts- und Effizienzsteigerung der Schwarzarbeitskontrollen bedeuten, da die bisher sowohl langwierige als auch komplizierte Identitäts- und Statusfeststellung der Beschäftigten entfällt und die aktuellen Daten zukünftig durch das Einlesen der Chipkarte vor Ort binnen Sekunden abgefragt werden könnte. „Ziel muss es sein das erhebliche Potential zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und zur Senkung der Lohnzusatzkosten nutzbar zu machen“, so der Spandauer Bundestagsabgeordnete.

Mehr Studienplätze schaffen

Angesichts des zu erwartenden Zuwachses an Studierenden in der Hauptstadt erklärte die Berliner Bundestagsabgeordnete **Monika Grütters MdB**:

„In Berlin wird im Jahr 2020 nur noch jeder zweite Einwohner im berufsfähigen Alter sein. Statt angesichts dieser dramatischen Entwicklung den Wettbewerb um die Jugend zu forcieren, werden in der Hauptstadt wegen der bekannten Haushaltsnöte aber heute schon drei von vier (!) Studienplatzbewerbern wieder weggeschickt.“

Das Investment in die studierende Jugend ist nicht nur lohnend, sondern demografisch dringend geboten. Berlin hat in diesem



Humboldt-Universität in Berlin

Wettbewerb die besten Chancen, weil die Jugend der Welt noch immer gerne hierher kommt.“

Grütters weiter: „Statt sich für den Hochschulstandort Berlin und die Studienwilligen, die hier zu Tausenden in der Warteschleife, stehen einzusetzen, schockiert der rot-rote Senat mit Klinikschließungen und der Senkung der Zahl der ohnehin viel zu raren Studienplätze.“

Gegen das ausdrückliche Votum von Vorstand und Aufsichtsrat der Charité wird das Ende der vorklinischen Ausbildung für die Medizinstudenten am Uniklinikum in Steglitz von Flierl beschlossen. Ein Senat, der unter haushaltspolitischen Vorgaben Studienplätze streicht und sich der Jugend verweigert, versündigt sich an der Zukunft der Stadt.“

Erinnerung braucht Authentizität

In seiner Gedenkansprache für die Opfer des SED-Regimes vor dem Bundesfinanzministerium hat der Berliner Bundestagsabgeordnete **Kai Wegner MdB** Bundesfinanzminister Steinbrück aufgefordert, die Gedenktafeln zum

17. Juni 1953 wieder an die Fassade seines Ministeriums anzubringen. „An diesem Platz formierte sich der Aufstand gegen das DDR-Obrigkeitsystem und hier muss dem 17. Juni auch angemessen gedacht werden - Erinnerung braucht Authentizität“, zeigt

sich Wegner überzeugt. Die Bilder sind für den CDU-Politiker darüber hinaus ein historisches Dokument deutscher Geschichte und unerlässlich für das Geschichtsbewusstsein der Deutschen. Denn an diesem Tag



Kai Wegner MdB hält eine Gedenkansprache vor dem Bundesfinanzministerium

begann der Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit in der DDR-Diktatur, der letztlich mit dem Fall der Mauer im November 1989 endete.

Die Gedenktafeln der Arbeitsgemeinschaft 13. August e.V., die Fotos des

Arbeiteraufstandes zeigen, wurden auf Verlangen des BMF demontiert. „Jetzt ergibt sich die absurde Situation, dass an der Fassade das „süße Leben des Sozialismus“ gepriesen wird, wo Menschen für Freiheit und Gerechtigkeit ihr Leben gelassen haben. Hier trägt das Bundesfinanz-

ministerium als auch der Berliner Senat eine Verantwortung gegenüber den Opfern der SED-Diktatur, dieses verzerrte Geschichtsbild wieder gerade zu rücken“, fordert Wegner abschließend.

Mehr öffentliche Unterstützung für „DIE ARCHE“

Anlässlich eines Besuches in dem christlichen Kinder und Jugendwerk „DIE ARCHE“ e.V. erklärte die Berliner Bundestagsabgeordnete **Monika Grütters MdB**: „Hauptmotivation zur Gründung der ‚ARCHE‘ war für die Gründer die auch die emotionale Verarmung der Kinder auf der Straße. Neben einer täglichen warmen Mahlzeit, Nachhilfeunterricht und Freizeitangeboten feiern die Kinder und Jugendlichen gemeinsam Jugendgottesdienste im Verein, der auf der Glaubensgrundlagender Deutschen Evangelischen Allianz arbeitet. Seine Arbeit finanziert der Verein zu 90 Prozent aus Spendenmittel. Täglich kommen 250 bis 300 Kinder aus Hellersdorf, Marzahn, Lichtenberg und Hönow in die ‚ARCHE‘. Ab kommendem Schuljahr können die Kinder und Jugendlichen nun auch die neue Schule der „ARCHE“

besuchen. Gemeinsam mit der Freien evangelischen Schule Berlin hat der Verein dazu ein völlig neues Gemeinschaftsprojekt ins Leben gerufen.“

Grütters weiter: „Eine private Initiative, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, den benachteiligten Kindern in unserer Gesellschaft einen kinderwürdigen Alltag und eine Zukunft zu bieten, muss von uns allen unterstützt werden. Die christlichen Werte sind in meinen Augen eine gute Grundlage, den Kindern auf der Straße einen Halt und Sinn für das Leben zu vermitteln. Für den bislang fast ausschließlich mit privaten Spendengeldern arbeitenden Verein ist eine stärkere öffentliche Unterstützung hinsichtlich des Gebäudemanagements, der Personal- und Sachmittelausstattung vor allem durch den Bezirk dringend geboten.“

Ostdeutsche Städte holen wirtschaftlich auf - nur Berlin kommt nicht voran

Zum Städteranking des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) erklärt der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Götz MdB: „Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung über die letzten Jahre hinweg, so weisen die Städte in den neuen Bundesländern eine ungewöhnlich hohe Dynamik auf. Lokale Ursachen sind steigende Arbeitseinkommen, Zunahme des Bruttoinlandsprodukts und die erfreuliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.“

Lediglich die Hauptstadt Berlin machte in den letzten Jahren so gut wie keine Fortschritte und wurde von den Forschern des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) auf den drittletzten Platz Nr. 48 eingestuft. Das IW-Städteranking belegt einmal mehr, dass es sich bei der isolierten Entwicklung Berlins um eine hausgemachte Wirtschaftsflaute handelt.“

CDU/CSU-Fraktion trauert um Dr. Rainer Barzel

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende, Volker Kauder MdB, erklärte zum Tod Dr. Rainer Barzels: „Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion trauert um Rainer Barzel. Er hat die Fraktion in schwieriger Zeit fast zehn Jahre lang mit klarem Kurs geführt. Dabei stand im Mittelpunkt seines politischen Wirkens immer der unerbittbare Glaube an die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit. Für dieses Ziel hat er sich in der parlamentarischen Auseinandersetzung mit Leidenschaft und rhetorischer Kraft eingesetzt.“ Weiter sagte Kauder: „Mit Rainer Barzel verliert die Bundesrepublik Deutschland einen überzeugten Patrioten, der sich um unser Land verdient gemacht hat.“

Sozialprojekt in der „Thermometer-Siedlung“

Die „Thermometer-Siedlung“ in Lichterfelde-Süd/Ost hat sich zu einem sozialen Brennpunkt entwickelt. Ein hoher Ausländeranteil, überdurchschnittliche Kriminalität und schlechte Ausbildungs- und Berufschancen kennzeichnen diesen Ortsteil. Die Thermometer-Siedlung ist durchaus vergleichbar mit anderen Berliner Problemkiezen, wie z. B. Neukölln-Nord. Die Lage vor Ort hat sich in den letzten Jahren erheblich zugespitzt: Ursache dafür

werden ausgewählte Jugendliche zu Anti-Gewalt-Trainern ausgebildet, um die Konflikte in dem sozialen Brennpunkt zu entschärfen. In einer weiteren Phase sollen unter Mitwirkung der CDU-Mittelstandsvereinigung Praktikums- oder sogar Ausbildungsplätze bei örtlich ansässigen Unternehmen für diese Jugendlichen gefunden werden. Dadurch wird ihnen ein Anreiz zu einer eigenständigen Zukunftsgestaltung gegeben. Die CDU konnte Sozialpä-



Dr. Friedbert Pflüger MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung (l.) und Karl-Georg Wellmann MdB mit Jugendlichen aus der Thermometer-Siedlung

sind vor allem der nicht bewältigte Kulturbruch in vielen Migrantenfamilien und der größere Bedarf an Freizeitangeboten, die von den Jugendlichen akzeptiert werden. Gesellschaftliche Werte und Normen werden unzureichend oder gar nicht vermittelt, Grenzen und Regeln des Zusammenlebens nicht aufgezeigt. Und es fehlen gleichzeitig professionelle Angebote von Alternativen. Karl-Georg Wellmann (MdB) hat deshalb in Zusammenarbeit mit dem Anti-Gewalt-Zentrum Berlin-Brandenburg und dem ortsansässigen evangelischen Gemeindezentrum ein Sozialprojekt zur Gewaltprävention und Konfliktlösung initiiert. Im Rahmen dieses Pilotprojektes

dagogen der örtlich vorhandenen Jugend- und Sozialeinrichtungen zur Mitarbeit gewinnen.

Am 19. August fand nun das lange angekündigte Wohltätigkeits-Tennisturnier zugunsten des Gewalt-Präventions-Projektes in der Thermometersiedlung statt. 28 Spieler der CDU und des veranstaltenden Vereins BTTC Grün-Weiß, kämpften gut drei Stunden lang um den Sieg. Im Vordergrund stand allerdings nicht der Sieg, sondern der gute Zweck: Alle Teilnehmer haben ein Startgeld von mindestens 20,00 € eingezahlt. Insgesamt wurde ein Erlös von ca. 750,- EUR erspielt, der diesem wichtigen Jugendprojekt zufließt.

KONTAKT

Die Bundstagsabgeordneten der
Berliner Landesgruppe
in der CDU/CSU-Bundstagsfraktion



Ingo Schmitt
Landesgruppenvorsitzender

Tel: 030. 227-79362
Fax: 030. 227-76463
www.ingo-schmitt.de

ingo.schmitt@bundestag.de



Prof. Monika Grütters

Tel: 030. 227-70222
Fax: 030. 227-76223
www.monika-gruetters.de

monika.gruetters@bundestag.de



Peter Rzepka

Tel: 030. 227-70999
Fax: 030. 227-76999
www.peter-rzepka.de

peter.rzepka@bundestag.de



Kai Wegner

Tel: 030. 227-77610
Fax: 030. 227-76312
www.kai-wegner.de

kai.wegner@bundestag.de



Karl-Georg Wellmann

Tel: 030. 227-70300
Fax: 030. 227-76304
www.wellmann-berlin.de

karl-georg.wellmann@bundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber

CDU-Landesgruppe Berlin im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1 - 10111 Berlin